

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Entscheidender Kabinettsrat in London

London, 1. August. (WTB.) Reuter erfährt, daß das Kabinet in seiner gestrigen Sitzung mit der Ermöglichung der Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Marinestützplätze beschäftigt war und daher keine Entscheidung über die französisch-belgische Antwort getroffen hat. Alle Kreise zeigen äußerste Zurückhaltung. Man erwartet daher, daß das Kabinet in seiner heutigen Sitzung jede Seite der Reparationsfrage prüfen und entscheiden wird.

ob es Zweck habe, die Verhandlungen mit Frankreich unbegrenzte Zeit fortzusetzen, während die Lage in Deutschland sich jeden Tag verschlimmere. Das Kabinet wird daher zu entscheiden haben, ob es für den Fall, daß eine Einigung mit Frankreich für unwahrscheinlich gehalten wird, eine Separatantwort auf des deutsche Memorandum vom 7. Juni senden solle. Sollte dies geschehen, so ist es möglich, daß sich Italien zur Ablehnung einer gemeinsamen Note entschließen wird.

„Noch engherziger als erwartet.“

London, 1. August. (WTB.) „Manchester Guardian“ schreibt, die französische Note sei, wie es scheint, noch engherziger, als erwartet wurde, wenn auch der Ton Poincarés verständlicher als früher sei. Belgien scheint im letzten Augenblick dem französischen Druck in allen wichtigen Punkten nachgegeben zu haben. Italien habe nicht geantwortet und scheint dem britischen Standpunkt nur eine bedingte Anerkennung zu gewähren, die mit der Frage der Regelung der alliierten Schulden im Zusammenhang stehe. Im ganzen könne man sagen, daß die Möglichkeit einer Vereinbarung entfernter sei als angenommen wurde.

London, 1. August. (WTB.) Die Blätter sind der Ansicht, daß die Fortführung von ausschließlichen Verhandlungen keinen Wert habe. Sie verfolgen es sich aber im allgemeinen, bestimmte Vermutungen über den Inhalt der morgigen Regierungserklärung auszusprechen. Der Parlamentskorrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, die Lage sei derartig, daß die Regierung gerne alle, in der letzten Zeit ausgetauschten Dokumente als Belegbuch veröffentlichten würde, damit sie dem Hause vor der morgigen Sitzung vorgelegt werden könnten, doch werde dazu die Zeit nicht ausreichen. Um dieses sehr umfangreiche Material drucken zu lassen. Infolgedessen werde die Debatte stattfinden, ohne daß das Haus von dem genauen Inhalt des Rotenbuches Kenntnis habe. Der Parlamentskorrespondent der „Times“ schreibt, wenn es nicht möglich sei, die mit den Alliierten gewechselten Dokumente rechtzeitig für die morgige Debatte abzurufen, werde Premierminister Baldwin wahrscheinlich dem Hause den Inhalt in großen Zügen mitteilen. Es soll sich um den Entwurf der Antwort an Deutschland, den Wankentwurf der belgischen Regierung und um die belgisch-französische Antwort handeln. Alle diese Schriftstücke seien von beträchtlicher Länge. Der Korrespondent fügt hinzu, der allgemeine Eindruck sei gestern ansehend der gewesen, daß die französische Antwort eine Fortsetzung der Verhandlungen als wenig hoffnungsvoll erscheinen lasse. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß eine Separatantwort abgegeben werde, bevor jede andere Möglichkeit erschöpft worden sei. Wahrscheinlich würden die britische und die italienische Regierung besondere Antworten abgeben, deren Inhalt aber ziemlich das gleiche belegen würde.

London, 1. August. (WTB.) Gegen den Teil der englischen Presse, der die französische Note zu übertrieben sucht und täglich den Nachweis unternimmt, daß Herr Poincaré die Interessen Englands richtig beurteilt als der britische Premierminister, d. h. gegen Blätter wie „Morning Post“, „Daily Mail“ usw. wendet sich heute der liberale „Manchester Guardian“ in einem Leitartikel, in dem er u. a. ausführt, die von diesen Zeitungen vorgebrachten Gedanken zeichnen sich durch ihre Konfusion aus. Man tue so, als ob eine Kapitulation Deutschlands das beste sei wie die Bezahlung von Reparationen. Dessen werde angedeutet, die Befestigung des Ruhrgebietes werde Deutschland zersplittern, und man scheine allerdings die Stirne zu befeigen, zuzugeben, daß dies das wahre Ziel sei. Es werde nur zart angedeutet, wenn ein solches Ereignis eintreten sollte, habe Deutschland die Schuld und England sei einen gefährlichen Konkurrenten los. Es sei aber unklar, wie Deutschland in diesem Falle die Reparationen zahlen könne. Eine andere These laute, Deutschland sei trotz der Befestigung viel zu stark und müsse mehr Reparationen zahlen, ohne dabei aber Englands Handel Konkurrenz zu machen. „Manchester Guardian“ fährt fort, es sei unmöglich herauszufinden, an welches der genannten Ziele diese Propheten in Wahrheit glaubten. Sicher sei nur, daß Deutschland, wenn es fortwährend aufs Haupt geschlagen werde, schließlich zusammenstürzen müsse. Auf die Idee, daß England einem solchen Vorgang gleichgültig zusehen könne, sei noch vor wenigen Wochen kein Engländer gekommen. Dies zeuge von einer Rohheit, für die sogar ein Krieg keine Entschuldigung bieten würde. Eine derartige Politik würde jeden Staat, der Anspruch darauf mache, als zivilisiert zu gelten, schänden. Abgesehen von der moralischen Seite der Sache sei aber die Behauptung, die Zerstörung Deutschlands bilde eine Art guter Kapitalanlage für England, das gerade Gegenteil von dem, was maßgebende Vertreter des englischen Handels erklären. Die Folgen des wirtschaftlichen Untergangs Deutschlands seien gar nicht zu berechnen. Ganz Europa würde sie zu tragen haben. Die Unsicherheit und die Unsicherheit, die den britischen Ausfuhrhandel bereits bedrückten, würden sich vervielfachen, der Verlust des Handels mit Deutschland aber würde nur einen kleinen Teil der Verluste ausmachen, die Großbritannien in allen Teilen der Welt erleiden müßte.

Militärdebatte im belgischen Senat.

Eine Scharfmacherrede des Kriegsministers Devèze.

Brüssel, 1. August. (Gca.) Die gestrige Senatsitzung, in der das von der Kammer in der letzten Woche angenommene Militärgesetz beraten wurde, verlief sehr stürmisch, da die Sozialisten in der Obstruktion blieben. Der Kriegsminister Devèze wurde heftig angegriffen und, als er antwortete, auf das heftigste unterbrochen. Es kam zu stürmischen Szenen, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen vermochte sich der Minister nur mit Mühe verständlich zu machen. Er erklärte, Deutschland sei immer noch gefährlich, denn niemand kenne seine wirklichen Kräfte, und man habe nicht das Recht, die Lehren des letzten Krieges zu vergessen. Deutschland in seiner heutigen Verfassung stelle eine Bruststätte des Hasses dar und habe, vom moralischen Standpunkt aus betrachtet, durchaus nicht abgerüstet. Der Minister führte im Zusammenhang hiermit aus, wenn man wolle, daß Deutschland keinen Krieg mehr führen dürfe, so müsse dem deutschen Volke zunächst die Ueberzeugung beigebracht werden, daß es nicht nur im letzten Kriege geschlagen sei, sondern ihn auch verloren habe.

Das Ende eines Unterhauskonfliktes.

London, 1. August. (EP.) Das Unterhaus hat am Dienstag einen Vorschlag Baldwins angenommen, wonach die vier sozialistischen Abgeordneten von Glasgow, die am 27. Juni aus dem Unterhaus ausgeschlossen worden waren, wiederum an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen dürfen. Baldwin erklärte, daß die Ausweisung sieben Wochen gedauert habe und als eine genügende Strafe angesehen werden könnte, ohne daß die Abgeordneten gehalten seien, sich für die ihnen zur Last gelegten Vergehen zu entschuldigen. Dieser Standpunkt wurde allerdings von einigen Abgeordneten bekämpft, die nichts von einer großmütigen Maßnahme wissen wollen. Es ist wahrscheinlich, daß die Abgeordneten vor der Vertagung des Unterhauses nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen werden.

Ausland und Saarrechtung.

Die Stimme der tschechischen Sozialdemokratie.

Prag, 31. Juli. (Mitb.) „Pravo Lidu“, das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie, schreibt über das Saargebiet folgendes:

Drei Jahre steht das Saargebiet bereits unter einem Regime, das auf dem Verfall der Bevölkerung beruht, ohne daß allerdings irgendjemand nach der Zustimmung der dortigen Bevölkerung fragen würde. Dieser Zustand soll bis 1935 dauern. In diesem Gebiete herrscht eine Völkerverdrängung, die unter dem Drucke des französischen Militarismus französische

Polizei betreibt. Französische Gendarmen gehen im Saargebiet ein und aus. Es ist kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die dortige Bevölkerung ein sofortiges Plebiszit im Saargebiet zu verlangen. Aus der hervorragenden Kohlenindustrie des Saargebietes zieht Frankreich heute Gewinn. Die französischen Staatsmänner sehen voraus, daß zur Zeit des Plebiszits in 10 Jahren das Saargebiet in den „neutralen“ Rheinstaat einverleibt werden wird, der in der Phantasie der französischen Nationalisten bereits existiert, oder daß es ein autonomes Ganzes bilden werde. Die Bevölkerung ist über diese französischen Absichten wohl informiert und widerstrebt ihnen. Während des letzten Arbeiterstreiks wurde das Saargebiet von einer französischen Armee überschwemmt, die sich

wie in einem eroberten Lande

benahm, in die Wohnungen der Arbeiter einbrach, Durchsuchungen, Verhaftungen und Züchtigungen vornahm. Jede persönliche Freiheit wurde in diesem Gebiet aufgehoben und die deutsche Presse verboten, so daß sogar im Londoner Unterhaus am 7. März d. J. dieses Regime scharf kritisiert wurde. Doch nützte dies nichts. Der französische Präsident der Regierungskommission machte darauf aufmerksam, daß er, falls der Streik nicht auf friedlichem Wege gelöst würde, zur Auflösung der Gewerkschaften, Konfiskation der Arbeiterfonds und zur Verhängung des Belagerungszustandes über das Saargebiet schreiten werde.

Durch diese Art der Terrorisierung, so schließt der Artikel, gewinnen die Franzosen allerdings keine Sympathien und untergraben zugleich die Autorität des Verfallenen Friedensvertrages.

Zeitungsverbote im Memelland.

„Dampfbote“ und „Volksstimme“ (Soz.) wurden bis 5. August verboten, weil sie zum Gründungsstag dem deutsch-litauischen Heimatsbunde einen kurzen Auffach gebracht hatten, in dem in Erinnerung an das, was der Bund im Laufe der vier Jahre gewirkt habe, das Gelübnis unverbrüchlichen treuen Zusammenhaltens erneuert wird.

Dollar 1100000.

Die ruhigere Bewegung des Marktes an den Auslandsbörsen wirkt auch auf den deutschen Devisenverkehr zurück. Es macht sich vielleicht auch im Zusammenhang mit der andauernden Geldknappheit eine erhebliche Einschränkung der Kaufkraft bemerkbar. Die amtlichen Notierungen hielten sich heute auf der Höhe der beiden vorangegangenen Tage. Auch die Zuteilung erfolgte im gleichen Ausmaße wie bisher. Der Dollar notierte 1100000. Im Effektengeschäft zeigt sich eine gewisse Zurückhaltung der Spekulation, die in ihren Dispositionen durch die Geldmarktfrage sowie durch die zu erwartende Erörterung der Steuervorlagen und -vorschläge beengt wird.

Verhandlungen mit Frankreich?

Von Friedrich Stampfer.

Der Dollar kostet mehr als eine Million. Die Mark ist auf den zweihundertfünfzigtausendsten Teil ihres Wertes gesunken. Lebensmittel sind selbst für viel Geld kaum noch zu haben. Indessen verhandelt England mit Frankreich, und ein Ende ist nicht abzusehen.

Kein Wunder, daß da und dort der Gedanke erörtert wird, ob man nicht durch direktes Verhandeln mit Frankreich rascher zu einem erträglichen Ende kommen könnte.

Frankreich will aber mit Deutschland nicht verhandeln, solange es nicht durch Aufgabe des passiven Widerstandes seine Kapitulation vollzogen hat.

Kapitulation ist ein furchtbares Wort. Es schließt eine grauenhafte Summe von Demütigungen in sich ein. Der Kampf, den die Bevölkerung der besetzten Gebiete führt, ist ein Kampf für Freiheit und Recht gegen brutale Gewalt. Der Gedanke, daß er mit einer vollständigen Niederlage enden könnte, ist kaum erträglich.

Trotzdem ist es denkbar, daß selbst dieser Gedanke eines Tages Massen, die nichts mehr zu essen haben und die an Englands Hilfe nicht glauben, verlockend erscheint.

Aber, die Kapitulation bringt kein Brot! Die Kapitulation bringt nicht die Räumung des Ruhrgebietes, sondern die dauernde Besetzung. Die Kapitulation bedeutet, daß der Anspruch Frankreichs, das Gebiet nur nach Waghabe der deutschen Zahlungen zu räumen, zu einem vertragsmäßigen Recht erhoben wird.

Und wenn wir der französischen Regierung das Recht zugestanden hätten, die Bevölkerung des Ruhrgebietes nach Belieben zu drangsalieren und auszubeuten, wenn wir uns für die Dauer damit einverstanden erklärten, daß die deutsche Wirtschaft aus dem Ruhrgebiet so viel oder so wenig Kohlen erhält, wie die französische Regierung ihr jeweilig, je nach ihrem Verhalten, zuerkennt, so wäre ein rascher Abschluß der Reparationsverhandlungen und damit die Schaffung eines dauernd beruhigten Zustandes erst recht noch nicht zu erwarten.

Frankreich kann mit Deutschland über die Summe der deutschen Reparationen und über die Zahlungsmodalitäten verhandeln. Aber diese Verhandlungen können nicht zum Abschluß kommen, ohne die Zustimmung der übrigen Reparationsgläubiger, also vor allem Englands.

Das heißt: nach der Kapitulation beginnt das Spiel von vorne.

Aber, es beginnt jetzt unter verschlechterten Bedingungen. Der passive Widerstand ist aufgegeben. Deutschland hat Frankreich das Recht eingeräumt, im Ruhrgebiet zu bleiben, solange es ihm beliebt. Frankreich kann England, wenn es ihm dieses Recht streitig machen will, vorhalten, daß es darüber mit Deutschland schon längst ins Reine gekommen ist.

Inzwischen hat sich an den Verhältnissen in Deutschland nichts gebessert. Der Staat gibt keine Ruhezredite mehr, dafür muß er größere Kohlenmengen bezahlen, die die Franzosen aus dem Ruhrgebiet wegholen. Für den Ankauf ausländischer Kohlen müssen weitere Devisen beschafft werden. Die Inflation geht weiter.

Die Summe, die Deutschland zu bezahlen hat, ist noch nicht festgesetzt, die Zahlungsbedingungen und Fristen ebensowenig. Die Räumungsfrist — wenn so schon festgesetzt sein sollten — beginnen auch noch nicht zu laufen. England und Frankreich verhandeln weiter.

Frankreich verhandelt nicht mit Deutschland, sondern mit England. Deutschland hat kapituliert und steht zur Verfügung des Siegers. Frankreich braucht sich jetzt mit den Verhandlungen noch weniger als vorher zu befassen. Es hat ein vertragsmäßiges Pfandrecht auf das Ruhrgebiet erworben. Deutschland kann ihm jetzt auch weitere a conto-Zahlungen auf die noch endgültig festzusetzende Reparationssumme nicht vorenthalten. Frankreich kann warten, es hat gegen England alle Trümpe in der Hand.

Warum ist der Kampf zwischen England und Frankreich so zäh? Aus verschiedenen Gründen. Einmal will Frankreich durch Beherrschung aller Eisen- und Kohlenstädte eine Macht erwerben, die die Macht Englands weit in Schatten stellt. England will das verhindern. Nach der Kapitulation Deutschlands käme England freilich um eine weltgeschichtliche Stunde zu spät.

Dann aber will sich Frankreich von seinen drückenden Schulden befreien. Es will sich mit 26 Milliarden für sich und fünf Milliarden für Belgien zufrieden geben, wenn seine Schulden gestrichen werden. Hat es keine 26 Milliarden, so soll es seinen Gläubigern überlassen bleiben, ob sie seine Schulden an sie bei Deutschland einfordern wollen oder nicht.

Damit ist England — und auch Amerika — nicht einverstanden. Sie wollen ihre Gläubigerrechte nicht in eine Hypothek verwandeln lassen, die schon oberhalb des Schornsteins liegt.

So ist das Problem der Reparationen mit dem der internationalen Schulden aufs engste verknüpft. Und darum ist es so ungeheuer verwickelt. Solange nicht beide gelöst sind, wird Deutschland nicht wissen, wieviel, wann, in welchen Raten, unter welchen Bedingungen es zu zahlen hat.

So also liegen die Dinge. Eine Kapitulation Deutschlands würde Verhandlungen nicht überflüssig machen. Sie würde ihren Gang nicht beschleunigen, sondern verlangsamen. Ganz abgesehen davon, daß das endliche, gar nicht abzu-

sehende Resultat nach der Kapitulation noch schlechter würde, was ja ganz selbstverständlich ist.

Wenn ein kämpfendes Heer kapituliert, so tut es das in dem Bemühen, dadurch eine untraglich gewordene Lage mit einem sehr harten, demütigenden, aber immer noch milderen Los zu vertauschen.

Aber Deutschland kann durch eine Kapitulation seine Lage in nichts verbessern. Die Kapitulation bringt keine einzige Kartoffel in die deutschen Schüsself, sie kostet Ruhr, Rhein und Saar.

Sie kostet aber noch viel mehr! Denn sie öffnet nicht den Weg zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, sondern sie sperrt ihn und vernichtet alle Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft Europas.

Im Interesse der friedlichen Zukunft Europas, im Interesse einer ehrlichen Verständigung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk müssen wir Sozialdemokraten auch unter den schwersten Umständen dabei verharren, daß Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten zu führen sind, und daß ihr Ziel nicht die Festsetzung einer fremden Militärmacht sein darf in einem Lande, in dem sie nichts zu suchen hat, sondern die Befreiung dieses Landes von einer selbst mit dem Frieden von Versailles nicht vereinbarten Fremd- und Gewalt Herrschaft.

Man sagt, wir dürften uns nicht darauf festlegen, mit England gegen Frankreich zu gehen. Das ist ganz richtig. Aber ein Ausgang des Ruhrkriegs, der Deutschland direkt, England indirekt als Besiegten erscheinen läßt, bringt uns erst recht in dauernde Abhängigkeit von England.

Will Frankreich verhindern, daß siebzug Millionen Deutsche ihre letzte Hoffnung auf das englische Weltreich und auf den englisch-französischen Gegensatz setzen, dann muß es seine Politik gegenüber Deutschland ändern!

Deutschland kann aber nicht einer Politik zum Triumph verfallen, die das Verderben aller ist. Und darum kann es nicht kapitulieren!

Wer trägt die Schuld?

Ausreden der Landbändler.

Bei der gestrigen Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen wurde von agrarischer Seite zur Entschuldigung u. a. auch auf den Transportarbeiterstreik in Schlesien hingewiesen, der die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung „wesentlich“ verschärft und schuld daran sei, daß in Schlesien „größere Mengen von Lebensmitteln, die zur Versendung in die Städte bereit stünden, nutzlos liegen bleiben“. Der Reichskanzler versprach Abhilfe.

Nach der Auffassung des Deutschen Verkehrs-bundes hat der Transportarbeiterstreik in Schlesien die Leiden der Bevölkerung nicht ärger gemacht, als sie schon infolge der durch die Geldentwertung nicht völlig zu entschuldigenden Zurückhaltung der Landwirtschaft in der Belieferung der Märkte ohnehin schon waren. Vor allem kann der Transport der Frühkartoffeln unmöglich unter dem Streik gelitten haben, weil Frühkartoffeln zum Abtransport ja gar nicht da waren. Alte Kartoffeln aber kamen erst recht nicht in Frage; sie waren längst in die Spiritus- und Kartoffelmehlfabriken gewandert oder zum Transport nicht mehr geeignet. Im übrigen ist bis jetzt nicht bekannt geworden, welche „größeren Mengen von Lebensmitteln“ neben der Kartoffel infolge des Streiks nicht abtransportiert werden konnten. Wenn jetzt auf das Zureden des Reichskanzlers die Lebensmittelzufuhr von Schlesien her stärker einsehen sollte, so besteht bei den Transportarbeitern keinerlei Hindernis; denn der Transportarbeiterstreik ist so gut wie beendet. Jedensfalls ist in den größeren Städten die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Noch ein Antifalschistentag? Das Exekutivkomitee der Rostauer Roten Gewerkschaftsinternationale hat einer OE-Meinung zufolge die Veranstaltung eines internationalen Antifalschistentages beschlossen.

Wunderwaren.

Von Karl Fischer.

Man sollte meinen, daß der Kaufmann für neue Waren eine Bezeichnung wählt, die auch die Widerstrebenden zu ihm lockt. Weit gefehlt!

Man lese nur einmal im Reichs- und Staatsanzeiger die Warenzeichengesetze, und man wird finden, daß von Fabrikanten und Kaufleuten den verschiedenen Waren Namen beigelegt werden, durch die sie zu wahren Wunderwaren werden. Man muß, will man wissen, was das wohl für Waren sind, die mit allen diesen krausen und turcischen Titeln getauft sind, ganz erhebliche Kenntnisse in der Mythologie, Geschichte, Sprachkunde, Musikgeschichte und Pädagogik haben.

Meistens aber erkennt man, daß alle Kenntnisse, die man besitzt oder sich aus dem Konversationslexikon mühsam angeeignet hat, zur Deutung des Warenzeichens gar nichts nützen.

Diese Titel, mit bunten Fäden aus aller Herren Welt behangen, haben zu den Waren, die sie bezeichnen, keinerlei Beziehung, es fehlt zwischen Titel und dem damit Getauften jeder Zusammenhang.

Je verrückter und voraussetzungsloser der Name einer Ware ist, je mehr er prahlt und prunkt, je mehr er verspricht und je weniger er hält, um so geeigneter ist er heute den Herren Fabrikanten zum Sempfang.

Wenn man z. B. von einer Ware weiß, die auf den Namen „Artesienne“ getauft ist, wird man seine Kenntnisse aus der Musikgeschichte zusammenklauben und sich an Bizet erinnern, der außer der viel bekannter gewordenen Oper „Carmen“ eine Oper „Artesienne“ (Die Artesierin) geschrieben hat. Und dann erfährt man, daß unter dem prunkenden Operntitel — Mundharmonikas verkauft werden!

So geht es weiter in langer, lieblicher Reihe.

Ein Fabrikant wählt für seine Fabrikate den Namen des Liebesgottes „Amor“ und verkauft Füllfederhalter, die gewiß nur dazu dienen sollen, um Liebesbriefe zu schreiben. Bon „Folie d'Amour“ (Liebeswahn Sinn) spricht ein anderer und meint Parfümerien und Seifen, durch deren Gebrauch jener gewiß nicht angenehmer Zustand von Liebeswahn Sinn hervorgerufen werden soll. Der „berühmte“ Friseur, der einst Wilhelm's heiliges Haupt und heißen Bart unter den Händen halten durfte, nennt seine Waren „Chilandschen“, wobei man, weiß Gott, nicht wissen kann, wen er schikanieren will.

Harmlos und heiter zugleich mutet es an, wenn ein Kaufmann seine Waren „Beuchthum“ nennt und Unterröcke, Strumpfhalter und Korbhüte verkauft, also Dinge, die doch nicht in die Welt leuchten, sondern im Verborgenen liegen sollen. Der gute Mann jedoch, der seine Tabakfabrikate „hotuspokus“ getauft hat,

Die Vorgänge in Neuruppin.

Ueber die bedauerlichen Vorgänge in Neuruppin, die mit Teuerungsunruhen begannen und mit der Erschießung eines Arbeiters endeten, wird uns nachträglich vom dortigen Gewerkschafts-kartell geschrieben:

Seit Beginn der vergangenen Woche haben sich am hiesigen Orte rasende Preissteigerungen auf allen Gebieten bemerkbar gemacht. Sämtliche Fettartikel verschwanden gegen Ende der Woche fast vollständig vom Markte. Die Arbeiterschaft, welche mit ihrem niedrigen Einkommen nicht in der Lage ist, sich mit Vorräten einzudecken und welche erst auf den Jahrtag am Freitag warten mußte, um überhaupt noch etwas einkaufen zu können für den sofortigen Gebrauch, wurde dadurch erbittert, daß die letzten Reste der Fettartikel nur zu Preisen zu erhalten waren, die mit dem Einkommen der Arbeiterschaft nicht mehr in Einklang zu bringen war. Teilweise wurden auch die Waren von den Händlern zurückgehalten, und den Kommissionären der Fettartikel war es von den Fabrikanten verboten, Waren aus den Fettbeständen ihrer Kommissionen an die Lebensmittelgeschäfte abzugeben. Dies geschah trotz telegraphischer Mitteilung an die Fabrikanten, daß die Lage außerordentlich ernst sei und Garantie nicht mehr übernommen werden könnte. Dadurch wurden die Massen trotz aller Mahnung zur Vernunft äußerst erregt. Es kam dann im Verlaufe des Freitag zu Unruhen, die leider mit Plünderungen in einigen Läden endeten, wobei einige Verletzungen zu verzeichnen waren.

Der „Selbstschutz des Bürgerbundes“, bestehend aus Landwirten aus der Umgebung und Mitgliedern des „Bismarck-Bundes“, trat unter Anführung des Hoteliers Rausch auf den Plan, bewaffnet mit Knäppeln und Messern. Die blutige Schlägerei war alsbald fertig. Als nun von hiesigen Reaktionen, die an sich schon zur Genüge bekannt sind, die ersten Schüsse fielen, waren die Waffen nicht mehr zu halten.

Nachdem die Knäppelgarde des Bürgerbundes auf den Plan getreten, war die Ortspolizei nicht mehr Herr der Lage. Bis spät in die Nacht hinein durchzogen diese Garben die Straßen. Die entstandene Situation veranlaßte das Gewerkschaftskartell, mit dem Bürgermeister der Stadt Neuruppin in Verbindung zu treten, mit dem Verlangen, dafür Sorge zu tragen, daß diese Knäppelgarde von der Straße wegstomme und daß, um ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden, weder Schutzpolizei, noch Polizeischüler eingesetzt werden sollen. Da die Schutzpolizei bei früheren Vorkommnissen, z. B. beim Landarbeiterstreik, das Vertrauen der Arbeiterschaft verloren hatte, waren diese Forderungen vollkommen berechtigt. Wie verlangten, daß Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, also Re-publikaner, gemeinschaftlich mit der Ortspolizei den Sicherheitsdienst übernehmen sollen. In Anbetracht der inzwischen verschärften Situation wurde unseren Forderungen resiles Rechnung getragen. Hierzig Funktionäre der Arbeiterschaft übernahmen am Sonabend gegen Mitternacht den Ordnungsdienst. Sämtliche auffindbare Fettwaren wurden nunmehr beschlagnahmt und Geschäfte bestimmt, die diese Waren zu einem vorgeschriebenen Preise verkaufen mußten, und zwar unter unserer Kontrolle. Pro Kopf wurde auf die Zuckerkarte 1/2 Pfund Fett abgegeben. Dieser Aufgabe wurden wir insoweit gerecht, als wir heute feststellen können, daß die beschlagnahmten Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung vorerst ausgereicht haben.

Nachdem die Arbeiterschaft den Ordnungsdienst übernommen hatte, ging im großen und ganzen alles glatt vonstatten, aber ein gewisser Kreis der Bevölkerung schien von unserer Tätigkeit nicht sehr erbaute gewesen zu sein. Er verstand es, Provokateure heranzubringen, denen es zeitweise gelang, einen Teil der Bevölkerung gegen uns auszuheizen.

Gegen Abend sammelten sich vor Bernaus Hotel eine Anzahl Menschen an, nachdem vorher das Gerücht laut wurde, daß der Besitzer des Hotels, der schon erwähnte Rausch, am Freitag auf eine Frau zwei Schüsse abgegeben habe. Der Eingang zum Hotel wurde auf Befehl des Landrats von vier Landjägern besetzt. Trotzdem versuchte der Karpettenkapitän a. D. Hermann, Direktor des Landbundes, durch fortwährende Falsch-meldungen den Landrat zu bestimmen, die Schutzpolizei, die inzwischen auf Veranlassung des Landrats aus Potsdam ein-getroffen war, einzusetzen. So wurde behauptet, daß die Kr-

beiterchaft gegen die Firma Born u. Sohn eine bedrohliche Haltung einnehme; kurz darauf wurde gemeldet, die Arbeiterchaft bringe eben in das Geschäft ein.

Trotzdem der Landrat sich auf unser Verlangen von der Grundlosigkeit dieser Falschmeldungen überzeugt hatte, ließ er sich außer Fassung bringen. So sollte z. B. das Landbun-d-haus umzingelt sein und gesichert werden. Wir stellen hier-mit fest, daß dort überhaupt keine Ansammlungen statt-gefunden haben.

Als sich dann, wie oben berichtet, vor Bernaus Hotel die Ansammlung gebildet hatte, setzte trotz des Hinweises darauf, daß das Einsetzen der Schutzpolizei ein unvermeidliches Blui-vergießen nach sich ziehen werde, der Landrat über den Kopf des Ersten Bürgermeisters hinweg die Schutz-polizei ein, die die Menschen auseinanderreiben sollte. Dies geschah gegen 11 Uhr.

Sobald darauf setzten die Proostationen von neuem ein. Nach Erscheinen der Schutzpolizei hat der Ordnungsdienst der Arbeiterschaft seinen Dienst sofort eingestellt. Einige Zeit später wurde die Schutzpolizei durch Proostateure mit Steinen beworfen, was zur Folge hatte, daß die Schutzpolizei das Feuer eröffnete. Anstatt aber in die Luft zu schießen, wodurch die An-sammlungen sich zerstreut hätten, wurde auf die Anwesenden ge-schossen mit dem traurigen Erfolg, daß nunmehr ein Toter und sechs Verwundete zu verzeichnen sind.

Wir stellen fest, daß sämtliche Opfer an der Sache selbst nicht beteiligt sind, es sind: Schlosser Artur Lemke, tot, Hahnschuh; Frau Kaufmann Jibell, Oberarmtschuh; Frau Malermeister Lahn, Armschuh; Farmer Hans Kiehl, Ober-armtschuh; Landarbeiter Kalkowitsch, Beinschuh; Zimmermann Bruh aus Prehem, Gesichtsschuh; Schriftföhrer Lange, Schuh in die Oberlippe.

Gegen die Maßnahmen des Landrats herrscht begrifflicher Weise äußerste Erbitterung.

Vaterländische Porträts.

Der Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, Josef Czerny-Stolzinger teilt uns zu den Ausführungen in Nr. 312 des „Norm.“ beruhigend mit, daß er nicht Tscheche, sondern geborener Wiener sei. Weiter seien die Indiskretionen gegen das „Deutsche Volks-recht“ im „Reinen Journal“ des Juden Leipziger von ihm mündlich gemacht und von dritter unbekannter Seite dem Journal hinterbracht worden. Die Zuschrift an den Verein zur Abwehr des Antifeminitismus komme nicht von ihm, die Unterschrift müsse gefälscht sein.

Wir sehen, die berühmten Unbekannten spielen bei Herrn Czerny eine große Rolle. Ist es nicht sonderbar, daß weder Herr Czerny noch einer der anderen Beteiligten im Jahre 1893 und später die Veröffentlichungen als Fälschungen bezeichnet, obwohl sie erörtert wurden? Das Dementi des Herrn Czerny-Stolzinger kommt also einige Postulatschen zu spät.

Wenn Herr Stolzing es ferner als unrichtig bezeichnet, daß er sich je deutschfeindlich betätigt habe, so berichtigt er damit etwas, was gar nicht behauptet wurde. Wir weisen lediglich auf seine Zusammenhänge mit dem deutschfeindlichen Grafen Thun hin, und daß Graf Thun ein Deutschenfreund gewesen ist, wird selbst Herr Czerny-Stolzinger nicht behaupten können. Im übrigen möchten wir dem Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“ gerade in diesem Punkte das entgegenhalten, was ihm das offizielle Organ, die „Zeit“, am 6. Juni ins Stammbuch schrieb:

„Seit mehr als einem Jahre wird in verschiedenen deutsch-österreichischen Tages- und Wochenblättern von einigen reichs-deutschen Journalisten über die Vorgänge im Deutschen Reich in einer Weise berichtet, die den Anschlußgedanken in Oesterreich außerordentlich schädigt. Am ärgsten betreiben es wohl in dieser Beziehung der Berliner Dr. Friedrich Wolff, der ständige Mitarbeiter der „Alldeutschen Blätter“, und der Münchener Josef Stolzing... Beiden ist eins gemeinsam: eine von jedem Verantwortungsgedahl un-gegründete Schreibweise... Deutschösterreich, soweit ihm der Anschluß an das deutsche Mutterland über alles geht, dankt für solche „nationale Arbeit“.“

Worum also in die Ferne schweifen?

scheint sich und seine Waren in schöner Bescheidenheit und Offenheit eingeführt zu haben.

Aber noch eins lernt man aus diesen langen Listen der Waren-zeihen, daß nämlich immer wieder neue Namen für neue Viköre austauschen. Auch das ist gewiß ein trauriges Zeichen einer taumelnden Zeit, in der viele Tausende ihren Hunger nicht stillen können, während die Sorge anderer darauf gerichtet ist, neue schmachtete Titel von neuen Schnäpsen für Schlemmer auf das Tapet zu bringen.

Dieft man aber in der langen Liste von neuen Vikören, die immer über Seiten und Seiten läuft, den Namen „Rausoffentide“ für einen Schnaps, wird man erlärtert sagen müssen: Endlich ein-hoffen kann, die Rausaffen feilhalten.

Eisenbahn-Katastrophen. Das furchtbare Unglück bei Kreienzen, das zu den schwersten Eisenbahnkatastrophen der letzten Jahre ge-hört, ruft die Erinnerung nach an frühere Eisenbahnunfälle von gleicher oder noch größerer Furchtbarkeit. Die Welt ist heute freilich schneller geworden und geht rascher als früher über solche Hubs-posten hinweg. Auch hat die Zahl der Eisenbahnunfälle während des letzten Jahrzehntes ganz bedeutend zugenommen. Das liegt an der ungeheuren Ausdehnung des Schienennetzes und an der Zu-nahme der Verkehrsdichtigkeit. Früher waren Eisenbahnunfälle weit seltener als heute; es waren aber damals Ereignisse, von denen wochenlang in aller Welt gesprochen wurde. Manche Eisenbahn-katastrophen haben auch historische oder verkehrstechnische Bedeutung erlangt, indem sie Mängel der Verkehrsrichte erkennen ließen, die dann beseitigt wurden. So hatte das Eisenbahnunglück in Steglitz (mit 39 Toten) am 2. September 1883 den Anstoß zum Umbau sämtlicher preussischen Bahnhöfe gegeben. Schuld an der Kata-strophe trugen zwar in erster Linie die Verunglückten selbst; aber die Möglichkeit zu dem Unglück hatte doch nur der gefährliche Niveauübergang geboten.

Historische Bedeutung hatte das große Eisenbahnunglück bei Borki am 17. (29.) Oktober 1888. Bei dieser Station der Kursk-Charlow-Mos-Bahn entgleiste, wahrscheinlich infolge eines nihilisti-schen Anschlag, der Sonderzug des Kaisers Alexander III. von Rußland. Der größte Teil des Zuges wurde völlig zerstört; nur die drei letzten Wagen, in denen sich die kaiserlichen Kinder, das Zaren-paar selbst und am Schluß des Zuges der Großfürst-Thronfolger — der spätere Zar Nikolaus II. — befanden, blieben einigermaßen un-versehrt. Von den Bediensteten und dem Gefolge fanden 22 Per-sonen den Tod. Alexander III. hatte einen furchtbaren Stoß in den Rücken erhalten, und dieser Stoß bot den äußeren Anstoß zu dem schweren Nierenleiden, dem der Zar am 1. November 1894 erlag.

Ein wahres Unlücksjahr für das Eisenbahnwesen war das Jahr 1891. Am 22. Mai dieses Jahres stieß bei Kirchlingern zwischen Dsnabrück und Wenden ein Güterzug mit dem Sonderzug des Zirkus Carré zusammen, wobei vier Personen getötet wurden. Nur wenige Wochen später erfolgte eine furchtbare Katastrophe bei Mönchenstein in der Schweiz. Am 14. Juni 1891 stürzte die eiserne Brücke über die Birs ein, als gerade ein Personenzug darüberfuhr.

Zwei Lokomotiven, 3 Bad- und Postwagen sowie 4 Personenwagen stürzten in den Fluß, wobei 72 Personen den Tod fanden. 130 Fahr-gäste wurden schwer verletzt. Schon im nächsten Monat gab es wiederum eine furchtbare Eisenbahnkatastrophe. Am 26. Juli 1891 fuhr ein Sonderzug von Jomville im Bahnhof Saint Mandé bei Paris auf einen Berganigungszug. Bei dem Zusammenstoß waren 49 Tote und 90 Verletzte zu beklagen. Übermals drei Wochen später gab es in der Schweiz wiederum einen Zusammenstoß. Bei Zollikofen landten am 17. August 1891 17 Personen den Tod. Diese Schlag auf Schlag einander folgenden Eisenbahnkatastrophen führten in allen Ländern zu einer außerordentlichen Verschärfung der Vorsichtsmaß-regeln, und es trat nach diesem Unlücksjahr denn auch in der Tat eine erhebliche Verminderung der Unfälle ein.

Eine Baabel-Ausstellung ist im Alten Museum (Anti-quarium) eröffnet worden, in der die Ergebnisse der deutschen Aus-grabungsexpedition 1900-1904 zur Anschauung kommen. Die Photographien, die z. T. riesigartig vergrößert, die erdrückende Wirkung dieser gewaltigen römischen Bruchbauten meisterhaft wiedergeben, sind aufgenommen von v. Hüpsel für die Staatliche Bild-stelle. Die eindrucksvollen architektonischen Wiederherstellungen stammen von den Professoren an der Charlottenburger Technische Hochschule V. Schulz und D. Krenner und sind Vorlagen für die große Baabel-Publikation, deren zweiter Band soeben erscheint. Eine Anzahl von fein verzierten architektonischen Bruchstücken gibt eine Vor-stellung von der römisch-afrikanischen Kunstströmung; freilich konnten gerade die schönsten der im Berliner Museum befindlichen Architektur-proben wegen ihrer gewaltigen Ausmaße keinen Platz finden.

Wertunterricht. Der Landesverband der Elternbeiräte mittlerer Schulen Preußens hat dem Kultusministerium mitgeteilt, daß in einer Reihe von Städten und Gemeinden der an Mittelschulen ein-geführte Wertunterricht wieder aufgehoben ist oder einzugehen droht, weil die Schulerhaltung die Zuschüsse zu den persönlichen Un-kosten und zu der Materialbeschaffung aus Sparfondelrücklagen zurückgezogen hat oder zurückziehen beabsichtigt. Demgegenüber weist das Kultusministerium jetzt in einem Erlaß darauf hin, daß der Wertunterricht zu den lehrplanmäßigen Unterrichtsgegenständen gehört. Er muß also an allen Knabenmittelschulen eingeführt sein, und es ist nicht zulässig, dies nach, wo es besteht, ohne weiteres fallen zu lassen. Die Regierungen sollen daher mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Gemeinden für Einführung oder Fortführung des Wertunterrichtes in den Mittelschulen Lehrkräfte und Mittel für sachliche Ausgaben bereitstellen.

Das plattdeutsche Theater. Die „Niederdeutsche Bühne Ham-burg“, deren Arbeitsbericht über die abgelaufene Spielzeit im Ham-burger „Quickborn“ veröffentlicht wird, hat 204 Vorstellungen ver-anstaltet, davon 180 in Groß-Hamburg. 34 verschiedene Stücke wur-den gespielt; 8 davon waren Uraufführungen. Auch für die kom-mende Spielzeit wird eine Reihe von Uraufführungen vorbereitet. Die Uraufführungen, die neben einigen Festschlägen auch sehr be-achtenswerte Leistungen brachten, zeugen für das Fortblühen des plattdeutschen Dramas, das mit Fritz Stavenhagen und Hoffdorf eine bedeutende Höhe erreicht hat.

Buchdruckerstreik in Chemnitz.

Wegen Lohnstreikigkeiten traten die Buchdrucker gestern nachmittags in den Streik ein. Die Morgenzeitungen konnten heute nicht erscheinen.

Kommunistenkrach in Holland.

Aus Amsterdam wird dem „Soziald. Parlamentsdienst“ geschrieben:

Die immer mehr wachsende Unzufriedenheit in der holländischen kommunistischen Partei ist endlich zu einem katastrophalen Ausbruch gekommen. Auch für das Ausland kann es interessant sein, die historische Abwicklung der Streifragen in dieser übrigens in Holland vollkommen bedeutungslosen Partei zu erfahren.

Seit einigen Monaten herrschte in der holländischen kommunistischen Partei wachsende Uneinigkeit und Enttäuschung über die Taktik, die die Führung dieser Partei folgten, und über die Mittel, die sie anwenden zu müssen glaubte. Plötzlich und ganz unerwartet kam diese Unzufriedenheit zum Ausbruch, als ein kommunistisches Mitglied des Amsterdamer Stadtrats, Collin, in einer kommunistischen Parteivorstellung gründliche Beschwerden gegen den Parteivorstand äußerte. Zwei Tage später wurde dieses Mitglied durch den Parteivorstand aus der Partei gestochen. Die Mehrheit der Amsterdamer Parteidelegation widersetzte sich jedoch dieser diktatorischen Handlung, und als die Angelegenheit bekannt wurde, schloß die Mehrheit der Mitglieder in den meisten Parteidelegierungen sich Collin an.

Von Anfang an ist der Parteivorstand der Opposition gegenüber unmissverständlich herausfordernd aufgetreten. Diese ging nun systematisch vor, nannte sich „Komitee für die 3. Internationale“ und erklärte die Handlungen des Parteivorstandes als im Widerspruch mit Geist und Aufgaben der Moskauer Internationale stehend. Hieraus ergibt sich, daß dieses Komitee sich also keinesfalls gegen die kommunistische Bewegung an sich richtet. Der Parteivorstand, besonders die Mitglieder Wynkoop, de Bissler, v. Ravenstein und Geelen, forderie ausdrücklich die Auflösung des Komitees, wogegen das Komitee öffentliche Anerkennung als Opposition und Gelegenheit zu Beratungen im Parteiblatt verlangte. Darauf folgte „Massenausschluß“ durch den Parteivorstand. In einem Tag wurden z. B. ungefähr 50 kommunistische Mitglieder, alles Anhänger der Opposition, aus der Partei gestochen, u. a. auch die Parteivorstandsmitglieder Bouman und de Kede.

Schließlich hat sich das „Komitee für die dritte Internationale“ an das Exekutivkomitee in Moskau gewandt mit der Bitte einzugreifen. Diefem Bericht entnehmen wir folgendes:

Falls die holländische kommunistische Partei unter der jetzigen Führung bleibt, wird es ihr, weder in der reaktionären, noch in einer kommenden revolutionären Periode gelingen, die Führung der holländischen Arbeiterbewegung zu erlangen. Es herrscht eine Art geistige Verwirrung in der Partei, demzufolge bleiben die Arbeitermassen fern. Das Jahr 1923 hat erst recht gezeigt, daß die Partei nicht imstande war, und auch niemals imstande sein wird, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr als Sektion der kommunistischen Internationale obliegen.

Der Bericht tat seine Wirkung. Für das Exekutivkomitee hat Kappel in Berlin eine Unterredung mit Vertretern der Opposition und des Parteivorstandes gehabt. Das erste Ergebnis der Verhandlungen war, daß dem Parteivorstand unterstellt wurde, noch weitere Mitglieder aus der Partei auszuschließen. Nur scheinbar hat der Vorstand diesem Verbot Folge geleistet, in Wirklichkeit hat er die „Reinigungsarbeiten“ fortgesetzt. Nur wurden die Mitglieder nicht ausgeschlossen, sondern suspendiert.

Die Opposition, jetzt unter Führung von Bouman und de Kede, hat überdies einen Bericht mit sämtlichen Klagen gegen den Parteivorstand an das Exekutivkomitee in Moskau geschickt. Zur Schlichtung der Differenzen sind Vertreter der Opposition (Sturweg, van Reesema und de Kede) und des Parteivorstandes (J. de Bissler) nach Moskau entsandt. Bis jetzt sind sie noch nicht zurückgekehrt, weshalb die dort gefassten Beschlüsse noch nicht bekannt sind.

Stinnes und die französischen Kanonen.

Die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ veröffentlichte kürzlich eine Notiz, wonach die Hälfte von den 1 1/2 Millionen Mark neuen Aktien der von Stinnes kontrollierten Alpinen Montangesellschaft in den Besitz der französischen Waffen- und Munitionsfabrik, Schneider-Creusot, gelangt sei. Da die „Eiserne Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die über die westfälische Schwerindustrie recht gut unterrichtet ist, diese Notiz ohne Kommentar nachdruckt, kann kein Zweifel über die Verständigung des Stinnes-Trusts mit der französischen Schwerindustrie über die Wirtschaft in den österreichischen Nachfolgestaaten bestehen.

Die Außenpolitik in Deutschland und besonders auch in Frankreich, wo man immer noch das Schreckgespenst des Waffenfabrizierenden Deutschlands an die Wand malt, wird dadurch charakterisiert, daß die von Hugo Stinnes beherrschte Alpine Montangesellschaft augenblicklich mit Hochdruck Untererteile für französische Kanonen anfertigt.

Die Konferenz von Sinaja.

Bukarest, 31. Juli. (Eigener Bericht.) Der griechische Gesandte in Bukarest hat von seiner Regierung den Auftrag erhalten, mit dem rumänischen und dem südslawischen Außenminister über einen neuen Balkenbund zu verhandeln. Dieser soll unabhängig von der Kleinen Entente für die Aufrechterhaltung des Friedensvertrages mit Bulgarien sorgen, um dadurch den Frieden auf dem Balkan zu sichern, während die Kleine Entente durch Ueberwindung des Friedensvertrages von Trianon (mit Ungarn) für den Frieden mit Mittelrußland sorgen soll.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš teilte Pressevertretern mit, daß man auf der Konferenz in Sinaja vor allem den Standpunkt der Kleinen Entente zur ungarischen Reparationsfrage behandelt habe. Das Verhältnis zu Rußland sei nicht berührt worden. In allen Punkten der Konferenz sei vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden. Auch die gegenseitigen Beziehungen der Staaten der Kleinen Entente untereinander hätten eine weitere Klärung erfahren. Die Frage der Kandidatur des Delegierten der Kleinen Entente für den Völkerbundrat sei nicht berührt, sondern der Entscheidung der nächsten Konferenz, die in Belgrad stattfinden wird, überlassen worden. Bezüglich der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen sei der Ansicht, daß die Ueberbrückung der Gegensätze möglich sein werde.

Oesterreichische Wahlen am 21. Oktober. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlichte eine Kundmachung der Bundesregierung, durch die die Wahlen zum Nationalrat ausgeschrieben und im Einverständnis mit dem Hauptausführer als Wahltag der 21. Oktober festgelegt wird. Die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten haben für die Zeit der Wahlen ein Uebereinkommen getroffen, wonach sich beide Parteien verpflichten, gegenseitig ihre Verleumdungen nicht zu fördern und überhaupt den Wahlkampf derart zu führen, daß unnötige Reibungen vermieden werden.

Leere Läden, leere Stände.

Genau wie vor neun Jahren hat die begüterte Schicht die Lebensmittelvorräte aufgelöst, und diejenigen, die von Tag zu Tag rechnen müssen, sehen sich leeren Ladentischen in Geschäften und in den Markthallen gegenüber. Dazu der natürliche Einfluß des miserablen Sommerwetters, das bisher nur ein glänzendes Heuernte zu bergen gestattete (weshalb ja auch die Milch so teuer ist!), aber der Körnerernte und dem Wachstum der Kartoffeln nicht günstig war. Wer überhaupt von der neuen Ernte eine Verbilligung erhofft, dürfte sich bald getäuscht sehen: Wintergerste ist zum Teil bereits gedroschen und kostet 17 000 M. pro Pfund — sicherlich zur Freude des kleinen Hühnerhalters, der das Futter kaufen muß.

Die Verkaufstände sind zum Teil mit den ältesten Ladenhütern geschmückt: man kann z. B. Käse sehen, der ein Stadium der „Reife“ erlangt hat, doch einem vom bloßen Sehen übel wird. „Da, er ist scharf.“ sagt die Verkäuferin zur Kaufstüchtigen, einer verhärmt und unterernährt aussehenden älteren Frau, „aber dann braucht man um so weniger.“ Der Preis — das Pfund 32 000 Mark! — Diese Sorte in gutem Zustande war anderswo für 28 000 zu haben. — Ueberhaupt die Preise bzw. Preisunterschiede! Dort, wo die Händler zusammenstehen, wie in den Markthallen, ist der Preis einheitlich, wohl nach Vereinbarung festgesetzt. Aber sonst kann man Tausende sparen, wenn man das seltsame Glück hat, auf Reste älterer Einkäufe zu stoßen. — Daß die Vorräte überfüllt sind von Kaufsträgern, die Kartoffeln und Gemüse auf dem Bande zu erhalten hoffen, kann nicht wundernehmen. Alte Beziehungen aus der Kriegszeit werden wieder aufgenommen, manchmal ohne Erfolg, da die andere Seite zu kapitalstark geworden ist, um sich noch mit solchen Lappalien abzugeben. ...

Alle Welt wartet auf Maßnahmen der Regierung. Bisher hat man davon noch nichts Befriedigendes vernommen. Nur die Sozialdemokratie hat Maßnahmen vorgeschlagen, die das Entsetzen der Besitzenden hervorrufen, die aber im Interesse der Volksgesamtheit schleunigst durchgeführt werden müssen, wenn eine Besserung eintreten soll. Die Regierung hat bisher nur Worte gehalten: hier ist ein Weg, den sie zum Handeln beschreiten kann. Das Volk preißt auf die schönen Worte!

Entgleist.

Der Sohn des Jeremonienmeisters.

Mit den Straftaten eines Sprößlings einer alten aristokratischen Familie, der zum Mitglied einer Einbrecherbande herabgesunken ist, wird sich im Laufe des August die Ferienkammer des Landgerichts III zu beschäftigen haben. Unter der Anklage des schweren Einbruchdiebstahls werden sich zu verantworten haben der beschäftigungslose Billy von Keudell, der beschäftigungslose Gerhard Bürger und mit ihnen wegen Heherei und Begünstigung der Händler Walter Bohigemuth, der Vermittler Curt Graf und die Angestellte Banny Reimann, die Geliebte von Keudells. Ein drittes Mitglied der Einbrecherbande ist der zurzeit flüchtige Paul Wagner gewesen.

Es handelt sich um sechs mit großem Raffinement verübte Einbrüche in Wohnungen, bei denen wertvolle Pelze, Perleppiche und Brillen erbeutet wurden. Der Angeklagte v. Keudell ist der Sohn eines Kammerherrn und Jeremonienmeisters am ehemals kaiserlichen Hofe. Er selbst war Fähnrich zur See und später Offizier bei der Armee. Nach dem Kriege gehörte er einem heftigen Freikorps an und lehrte im Jahre 1919 bei einem Urlaub zu seinen Eltern nach Berlin nicht mehr zu seinem Truppenteil zurück, so daß er wegen Fahnenflucht gesucht wurde. In Berlin war der damals erst 22jährige junge Mann in leichte Gesellschaft geraten. Er trieb sich in Spielklubs nachts herum und lebte eine Zeitlang von dem Spielgewinn in Saus und Braus. In der Bar eines Kabarets am Kurfürstendamm lernte er eine Reihe Leute kennen, die sich später als gewerbsmäßige Einbrecher erwiesen. Als er dann eine Stellung als Werbeoffizier für den Heimatschutz antrat, benutzte er die Gelegenheiten, für diese Einbrecher Wohnungen auszukundschaften, deren Inhaber vorzeitig waren. Es wurden dann dort Einbrüche verübt. Bei einer Beteiligung an einem Einbruch wurde von Keudell auf frischer Tat abgefaßt und zu Gefängnis verurteilt. Er ist dann aber als Geisteskranker nach Herzberge gekommen, nachdem er wegen Geisteskrankheit auch entmündet worden war. Ende 1922 wurde er aus der Irrenanstalt als geheilt entlassen. Im Februar dieses Jahres hatte er dann mit dem jetzt unter Anklage stehenden Bürger und Wagner fünf Einbrüche verübt. Gegen v. Keudell schwebt neben dieser Anklage noch ein Vergehen, in dem er beschuldigt wird, im November 1922 in das seinem Vater gehörende Schloß Schmedda bei Schwewe mit unbekannt gebliebenen Mitläufern nachts eingedrungen zu sein. Da die Tat nur von jemand, der mit den Verhältnissen im Schloß genau vertraut ist, verübt sein kann, so ist gegen v. Keudell Anklage erhoben worden, daß er keinen eigenen Vater bestohlen habe. Während v. Keudell die übrigen Einbrüche zugibt, leugnet er den Einbruch bei seinem Vater. Die Anklage in Cassel wird gegen ihn sofort nach Erledigung des Berliner Falles zur Verhandlung gelangen. Da Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit v. Keudells bestehen, ist er auf Antrag von Rechtsanwält Dr. Frey durch Sanitätsrat Dr. Leppmann auf seinen Geisteszustand untersucht worden.

Die Portierumlage.

In Hausbestreuerkreisen wird für die Zwecke der gegenwärtigen Monatsabrechnung behauptet, es sei vom Magistrat auf mehrfache mündliche Anfrage die Befreiung gegeben worden, die auf die Portierwohnung entfallenden Umlagekosten auch für den Monat Juli von den Mietern einzuziehen. Das kann unmöglich stimmen, da in der Magistratsbeschlussmachung vom 28. Juni 1923 die Ziffer 9 zu § 4, welche am 30. April 1923 die Abwälzung auf die Mieter anordnete, ausdrücklich fortgelassen ist. Es heißt wörtlich: „Der § 4 lautet wie folgt usw.“ Mitin ist die Ziffer 9 für den Monat Juli ausgeschlossen. Es ist wünschenswert, daß der Magistrat hierzu sofort sich äußert, damit Unzuträglichkeiten vermieden werden.

Straßenräuber an der „Arbeit“.

Auf der Straße zwischen Buchholz und Schönebunde wurde der Landwirt Edmund Papel aus Zerpenschleue gestern abend überfallen. Etwa 400 Meter von Lindenhof entfernt tauchte plötzlich ein Begelagerer vor dem Gespann auf, fiel den Pferden in die Bügel und brachte sie zum Stehen. Papel ließ sich nicht einschüchtern, sondern griff sofort zum Revolver und gab einen Schuß auf den Räuber ab. Leider aber traf er in der Dunkelheit eins seiner Pferde ins Vorderbein. Der Begelagerer erkannte jedoch, daß er an den Verletzten gekommen war und ergriff die Flucht. Das angeschossene Pferd mußte abgetrieben werden. — Am hellen Tage gegen 3 Uhr nachmittags wurde auf Reinickendorfer Gebiet an der Kolonie Freie Scholle in der Heide vor Waldmannslust die 53 Jahre alte Frau Agate Scheibel aus der Rollstraße 10 in Hermsdorf von zwei jungen Burschen überfallen. Diese griffen nach ihrer Geldtasche, die 230 000 M. enthielt, nachdem der eine ihr einen Schlag ins Gesicht versetzt hatte. Da die Frau den Riemen der Tasche ein paar mal um den Arm geschlungen hatte, so gelang es den Räubern nicht sofort, sondern erst nach einem Kampfe, sie ihr zu entreißen. Unterdessen kam auf ihre Hilferufe ein Eisenbahnbeamter, der ganz in der Nähe war, herbeigelaufen und nahm die Verfolgung der nun fliehenden Räuber auf. In einem Kornfeld, wo er sich versteckt hatte, entdeckte er

den einen, nahm ihn fest und übergab ihn der Kriminalpolizei. Der Ergriffene hatte die geraubte Tasche noch bei sich, das Geld aber bereits herausgenommen und in seine Kleidertaschen gesteckt. Er wurde festgesetzt als ein 16 Jahre alter Bäckerlehrling Gerhard Zilian aus Königsberg in Preußen, der dort vor einigen Tagen aus der Lehre entließ und sich jetzt wohnungslos in Berlin aufhielt. Der Bursche gibt an, daß er den entkommenen Mitläufer nicht kenne. Er sagt, daß er in einem Lokal kennengelernt habe und mit ihm nach Wittenau habe gehen wollen, um Arbeit zu suchen. Er soll Friseur gewesen sein.

Berlin-Indien.

Eine neue Telegraphenlinie.

In diesen Tagen ist zwischen dem Reichspostministerium, der britischen Telegraphenverwaltung und der Indo-Europäischen Telegraphengesellschaft in London nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande gekommen über die Wiederherstellung der seit Kriegsbeginn unterbrochenen Ueberland-Telegraphenlinie nach Indien. Die Linie verfolgt den Weg von London über Emden—Berlin—Warschau—Odessa, längs der Küste des Schwarzen Meeres über Zifis nach Teberan. In Teberan verzweigt sich die Linie. Ein Zweig geht als reine Landlinie über Kerman unmittelbar nach Kurrachee in Britisch-Indien, der andere Zweig nach Bushire am Persischen Golf, wo er Anschluß an die nach Britisch-Indien führenden Kabel findet. Die neue Linie ist für Deutschland von besonderer Wichtigkeit, da sie über das Haupttelegraphenamt Berlin geleitet wird und damit auch für Deutschland eine unmittelbare Verbindung mit den genannten Ländern ermöglicht. Die Telegraphenversuche in den letzten Tagen von Berlin aus haben eine gute Verständigung mit Kurrachee und Bombay gezeigt. Der Verkehr ist daher am 24. Juli in vollem Umfange aufgenommen worden. Wegen der Benutzung der Linie für den deutschen Verkehr mit Südrußland und mit der Türkei sind Verhandlungen eingeleitet.

Karl Schwarzmeier gestorben.

Inmitten seiner Schülerjahre wurde der bekannte Gesangslehrer Karl Schwarzmeier vom Tode überrascht. Als Gesangslehrer der 186. Gemeindeschule in der Pflügerschule stellte er die bekannten, nach seinem Namen benannten Kinderchöre zusammen. Mit diesen Kinderchören unternahm der rührige Mann Jahr für Jahr in den großen Sommerferien Reisen in alle Teile Deutschlands und auch ins Ausland. Die Kinder gaben dann in den einzelnen Orten unter seiner sachmännlichen Leitung Volksliederkonzerte, die sich sehen und hören lassen konnten. Unkosten hatten die Chöre nicht zu verzeichnen, denn die Einnahmen deckten alle Ausgaben. In diesem Jahre waren die Kinder wieder mit ihrem Lehrer unterwegs. Als man nun in Husum ein Konzert geben wollte, wurde Schwarzmeier, der ein wahrhafter Idealist war, inmitten seiner Schülerjahre vom Herzschlag ereilt. Ein arbeitsfreudiger Mensch, der so unendlich viel für seine Schulfinder getan hat, hat seine Augen für immer geschlossen. Viele Proletarierkinder werden aus Dankbarkeit seinem Gedenken folgen und immer daran denken, daß dieser Mann es möglich gemacht hat, daß sie nicht nur herrliche Teile der Welt kennen lernen durften, sondern auch bleibende Schätze durch die Lieder, die er sie gelehrt hatte, erworben haben. Die Beise wird von Husum nach Berlin überführt, wo die Beisetzung am Donnerstag auf dem Friedhof der Sophien-Gemeinde in der Bergstraße, an der Invalidenstraße, stattfinden wird.

Das markenste Brot von morgen ab 64 000 M. Die Preise für markenfreies Gebäck, die in der letzten Zeit „nur“ zweimal wöchentlich erhöht wurden, sollen jetzt anscheinend täglich nach oben korrigiert werden. Der am heutigen Mittwoch in Kraft getretene neue Preis von 58 000 M. für das markenfreie Brot und 27 000 M. für die markenfreie Schrippe hat gerade für den heutigen Tag Geltung gehabt. Vom morgigen Donnerstag ab kostet das markenfreie Brot 64 000 M. und die Schrippe 32 000 M. Wie haben wir es doch herrlich weit gebracht! Wie lange noch und man wird an einem Tage mehrmals den Brotpreis erhöhen! Das scheint übrigens das beste Mittel, um werbefähige Löhne zu sabotieren, denn welcher Rechenmeister wird denn noch nach dem Index richtig berechnen können?

Vielleicht ist das einer der Gründe, warum gewisse Kreise für die Geheimhaltung der Indexziffern eintreten!

Wer hat noch ein eigenes Bett? Zu den unter dieser Ueberschrift gemachten Ausdrücken in Nr. 327 haben bei uns noch zur Unterstüzung ein: Otto Eisenhardt-Berlin 100 000 Mark. G. R. 50 000 Mark.

Die Toten von Kreiensen.

22 Personen noch nicht festgesetzt.

Wir teilen heute morgen mit, daß die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück in Kreiensen Getöteten sich auf 47 erhöht habe. Von diesen sind bisher 25 festgesetzt worden. Es handelt sich dabei um folgende Personen: 1. Heinrich Schölter aus Hanau, 2. Friedrich Balkoff aus Hannover, Hobbelsstraße 3, 3. Ehefrau Konrad Becker aus Bebra, 4. Reinhold Mahler aus Darmstadt, 5. Wohnkeller Alfred Berg aus Stuttgart, 6. Alfred Jatho aus Hannover, 7. Elise Dorr aus Mannheim, Columbusstraße 34, 8. Lina Eibl aus München, Weiherstraße 51, 9. Eisenbahnkassierer Georg Schmidt v. aus Rosenheim in Bayern, 10. Ernst Gschlein aus Ruchen, Oberam; Geislingen, 11. Helene Siggelkow aus Offenbach, Bismarckstraße, 12. Heinrich Mautzinger aus Rosenheim, Götterstraße 7, 13. Auguste Siggelkow, Mutter von Helene Siggelkow, aus Offenbach, 14. Ehefrau Günz aus Eisenach, 15. Richard Kaminie, Ingenieur in Wien, 16. Fritz Buerchscher aus Bülfel, 17. Frau Volkammer, Lehrerin in München, Taufingerstraße 15, 18. Alfred Craner, Bamberg, 19. Wilhelm Hube, Rosen, 20. Hugo Wid, Wien XV, Tellergasse 26, 21. Karl Baumeister, Polizeimeister, München, 22. Lina Wagner vom Torwerk in Ipshausen (?) bei Westerfebe, 23. Frau Minna Lessack, Hamburg, 24. Wilhelm Haschid, Bremen, 25. Frau Hillebrand, Bremen, Weigenkampstraße 13. Der Reichsverkehrsminister hat an den Präsidenden der Reichsbahndirektion Kassel gebietet:

„In tiefer Trauer belege ich das Unglück von Kreiensen, das zu den furchtbarsten Ereignissen in der Geschichte der deutschen Bahnen gehört. Ich bitte Sie, alles anzubieten, was zur Vinderung von Not und Leid dienen kann und ersuche Sie weiter, den Angehörigen der Toten und den Verletzten mein warmstes Mitgefühl und meine aufrichtige Teilnahme auszusprechen. Meinen Dank bitte ich allen denen zu übermitteln, die berufen oder freiwillig in aufopfernder Weise den Verunglückten beigegeben sind.“

Groß-Berliner Parteinarichten.

Bezirksvorstand.

Freitag, den 3. August, abends pünktl. 6 Uhr: Wichtige Sitzung im Jugendheim, Lindenstraße 3. Die Kreisvertreter müssen sämtlich anwesend sein.

36. Mt., Donnerstag, den 2. August, 7 1/2 Uhr: Sitzung aller tätigen Genossen und Funktionäre bei Schreidt, Pflügerschule.

35. Mt., Charlottenburg, Donnerstag, den 2. August, 7 1/2 Uhr. bei Reimer, Wilmersdorfer Str. 21: Funktionärsversammlung, wichtige Tagesordnung.

32. Mt., Steinhilber, heute Mittwoch, den 1. August, 8 Uhr. bei Hamburg, Schulstraße 108: Funktionärsversammlung.

Jungsozialisten, Gruppe Panitzsch: Arbeitsgemeinschaft. — Soziale Wopier.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zunächst überwiegend trübe, mit mehren Regenschauern und ziemlich reichem westlichen Winden. Später langsam aufklarend.

Gewerkschaftsbewegung

Geschlossenheit der Bergarbeiter. Betriebskonferenz in Mitteldeutschland.

Am 29. Juli fand in Röhren ein vom Bergarbeiterverband einberufene Betriebskonferenz der am Tarif beteiligten freien Gewerkschaften statt. Über 200 Delegierte aus allen Bezirken des hiesigen Bezirks waren zusammengekommen, um über die Lohnpolitik und künftige Taktik der Spitzenverbände zu beraten und Beschluß zu fassen.

Der Volkswirtschaftler des Bergarbeiterverbandes, Dr. Berger-Bochum, hielt ein klar durchdachtes Referat über „Die Lohnpolitik im Bergbau und die Wertbeständigkeit der Löhne“. An der sich anschließenden Aussprache beteiligten sich Kameraden aus allen Bezirken, die übereinstimmend die Erhöhung des Reallohns und vor allem die Rücksichtnahme Heranziehung der schwerverdienenden Kreise — vor allem der Landwirtschaft — zur Steuerzahlung forderten. In verzwiefelten Worten kam der Wunsch der Bergarbeiter über das verbrecherische Treiben der Lebensmittel- und Bedarfsartikelwucherer zum Ausdruck. Alle Diskussionsredner ließen keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Regierung diesem schamlosen Treiben der Spekulanten nicht ein schnelles Ende bereite, die Bergarbeiter unter Führung ihrer Organisation zum rücksichtslosesten Abwehrmittel greifen würden. Scharfe Kritik wurde an dem Verhalten der Unorganisierten geübt, die sich nicht schämten, die erkämpften Löhne einzubringen, sich aber sonst nicht um das Zustandekommen der Lohnabschlüsse kümmerten.

Der entschlossene Wille der mitteldeutschen Bergarbeiter kam zum Ausdruck in der folgenden, mit 170 gegen nur 11 Stimmen der kommunistischen Opposition angenommenen Entschließung:

„Die Konferenz erkennt die fortgesetzten Bemühungen der freien Spitzenverbände, die Lage der Arbeiterschaft in der Zeit der Geldentwertung erträglich zu gestalten, an. Sie vertritt die Auffassung, daß die bei den Lohnverhandlungen vereinbarte Kaufkraft der Löhne durch entsprechende Tarifklauseln bis zur Ausschüttung bzw. bis zum Lohnverbrauch zu sichern ist, wie sie auch mit den Kameraden der anderen Bezirke eine Verkürzung der Lohnzahlungsperioden verlangt.“

Die Konferenz ist sich darüber einig, daß innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Grenzen die Lohnentwicklung von der Bedeutung der Arbeiterschaft als Wirtschaftsfaktor abhängt, und sie fordert daher die in schwerer Not ringenden Arbeitsschichten auf, zur Stärkung der gewerkschaftlichen Macht sich restlos den freien Gewerkschaften anzuschließen.“

Eine kommunistische Fraktion legte eine Entschließung vor, in der die Schaffung einer revolutionären Internationale und ein Zusammenschluß mit der Moskauer roten Gewerkschaftsinternationale gefordert wurde. Die kommunistische Entschließung wurde unter Beifall mit allen gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Am Anschluß sprach Erwin Barth-Berlin über „Die deutsche Volkswirtschaft nach dem Versailler Friedensvertrag“.

Auch dieses Referat, das den Delegierten den derzeitigen tiefen Stand und die trüben Aussichten der deutschen Volkswirtschaft einbringlich einprägte, fand den ungeteilten Beifall der Konferenz. Barth appellierte an den Gemeinsinn aller, der nur gefördert werden könne durch starke, freie Arbeiterorganisationen. — Hierauf sprach Heße über „Die Rechtsprechung in der Betriebsrätepraxis“.

Die Konferenz war ein reicher, fruchtbrender Arbeitstag. Durch ihren harten Beruf schwer abgearbeitete, zum Teil völlig ungenügend genährte Männer haben ernst und sachlich, ohne Phrasen, ohne Illusionen, nur gestützt auf ihre eigene und die Kraft ihrer Organisationen, ihre eigenen und damit verbundene Schicksalsfragen des deutschen Landes beraten, hungernd beraten! — Zu einer Zeit, wo Tausende von Schiebern, Wucherern und Spekulanten raffgierig sich um den Erfolg der Arbeit fleißiger Leute raufen und im Ueberfluß schlummern. Möge dieser ernste, entschlossene Wille der Bergarbeiter eine Mahnung in letzter Stunde an die Reichsregierung sein. Entweder die Regierung greift schnell zu und hilft eine erträglich Lebenslage schaffen, oder aber die mitteldeutschen Bergarbeiter, die sich ihrer bedeutungsvollen Stellung im derzeitigen Wirtschaftsleben durchaus bewußt sind, müssen und werden sich selber helfen!

Ein rabiater Unternehmer.

Zu der mit dieser Aufschrift versehenen Schilderung in Nr. 348 des „Vorwärts“ erhielten wir von dem darin Angegriffenen, dem Porzellanfabrikanten Schmittner in Wilmersdorf, Babelsberger Straße 2, eine Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes: „Aus unserem Betrieb hatten fünf Arbeiterinnen die Arbeit selbst niedergelegt, weil ihr Ansuchen um weitere Lohnzulage im letzten der Woche und inmitten der Arbeitstage nicht diskutiert worden ist. Letzliche ist, daß in den letzten sechs Wochen alle Arbeiterinnen jede Woche 25 bis 30 Proz. Lohnzulage freiwillig erhalten hatten. Mit diesen wöchentlichen Lohnzulagen war also weit über das hinausgegangen, was andere Firmen erst nach einigen Wochen in einer Zulage auf einen Lohn zahlten.“

In Wirklichkeit wird der Tariflohn für die Branche seit längerer Zeit alljährlich acht Tage neu vereinbart. Richtig ist nun von behaupteter Tatsache, daß trotz der Zulagen die Firma Schmittner u. Co. unter Tarif bezahlt. Die „Berichtigung“ fährt fort: „Als diese fünf Arbeiterinnen den Fabrikhof verlassen hatten, stellten sie sich zunächst einige Tage hintereinander vor dem Tor und in dessen Nähe auf. Erst am zweiten Tage meldete sich telephonisch ein Verband.“ (Der Verkehrsband, die zuständige Organisation der Arbeiterinnen, D. Red.). Dem Verbandsvertreter sei nach seinem persönlichen (statt dem gewünschten schriftlichen) Vorbringen gefolgt worden, „daß zum Verhandeln kein Anlaß vorliege, da die fünf Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt haben und damit die Sache für uns erledigt ist, er möge vielmehr dafür sorgen, daß die vor dem Tor stehenden jungen Mädchen (Die Streikposten, D. Red.) sich von dem Tore entfernen.“ Auf die Aufforderung hin, den Fabrikhof zu verlassen, habe der Verbandsvertreter sofort nach keiner hinteren Hofentwässerung gegriffen „und bezeichne sich, als hole er einen Revolver hervor.“

Hierzu erklärt unser Gewährsmann, daß die Annahme, er habe einen Revolver zuziehen wollen, nur der überspannten Phantasie des Herrn Schmittner entsprungen sei. Der Verdächtigung steht die Tatsache entgegen, daß Gewerkschaftsangehörige in Deutschland nicht mit Revolvern oder ähnlichen Waffen zu Verhandlungen mit Unternehmern gehen. Sie verlassen sich auf ihre geistigen Waffen.

Die Berichtigung stellt den weiteren Verlauf so dar, daß erst dann, als „das wiederholte Auffordern zum Verlassen des Fabrikhofes nichts half“, Schmittner mit dem Hund gedroht habe. Die Tatsache, daß Schmittner den Hund auf den Gewerkschaftsfunktionär abgehängt hat, daß der Hund den Gewerkschaftsfunktionär gebissen hat, wird in der „Berichtigung“ nicht erwähnt, also nicht bestritten. Zu der „Berichtigung“, in der über so viel Hegearbeit geflagt wird, womit nicht die Hundehege, sondern die Gewerkschaftstätigkeit gemeint ist, wird uns noch mitgeteilt, daß Herr Schmittner sich schon bei der Entlassung der Arbeiterinnen dahin geäußert hat, daß der Verbandsvertreter, der seinen Hof betritt, mit dem Wasserhahn oder mit dem Hund vom Hof gejagt würde. Diese Äußerung konnte dem Verbandsvertreter leider nicht vorher mitgeteilt werden, abgesehen auf dem Verbandsbureau bekannt war. Daraus geht hervor, daß Herr Schmittner vorsätzlich gehandelt hat.

Richtung, Metallarbeiter!

Der Erfolg bei der Wahl zum Verbandstag ist den Berliner Kommunisten sehr zu Kopf gestiegen. Die beispiellose Hege während der Wahl wird munter in der „Roten Fahne“ fortgesetzt. Kein Mittel ist schädlich genug, um gegen die Ortsverwaltung angewandt zu werden. Seit Tagen geht die Hege gegen die Generalversammlungs-Delegierten, welche nicht zur „Opposition“ gehören. Diese Delegierten sollen in den bisherigen Generalversammlungen ihre eigene Anschauung vertreten haben und nicht die Meinung ihrer Wähler. „Meinung der Wähler“ soll wohl in diesem Fall heißen: Meinung der SPD.

Die „Rote Fahne“ sagt: „Das muß anders werden!“ Es wird aufgefordert, die erst vor kurzer Zeit auf ein Jahr gewählten Delegierten zu beseitigen, und an deren Stelle „oppositionelle“ Delegierten zu wählen, d. h. solche, mit denen die KPD. kooperieren kann. Wir weisen auf diesen groben Unfug hin und erwarten, daß unsere Genossen auf dem Posten sind, die Wahlkörperversammlungen zu besuchen und auf die kommunistischen Kollegen etwas „abfälschend“ wirken.

Zur Abgeltung der Zulieferung im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankanstalten mitteilt, hat der Reichsverband der Bankleistungen seinen Mitgliedsfirmen aufgegeben, am 3. August nochmals vier endgültige Malbezüge in Anrechnung auf die am 3. August 1923 festzusetzenden endgültigen Juli- und vorläufigen Augustgehälter zur Auszahlung zu bringen.

Gehaltsregelung für die Angestellten der Beleuchtungs- und Installationsgeschäfte. Die Junigehälter werden für den Monat Juli um 350 Proz. erhöht. Damit ist die Teuerung bis zum 23. Juli abgegolten. Sofern sich die Verhältnisse nicht katastrophaler entwickeln, wird am 8. August ein Drittel des Juli- und Augustgehältes zur Auszahlung gebracht, andernfalls finden bis zum vorerwähnten Tage neue Verhandlungen statt.

Die Metallarbeiter in Schließeln haben durch Urabstimmung beschlossen, die neuen Vergleichsvorschläge anzunehmen und spätestens am 2. August die Arbeit wieder aufzunehmen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff, Berlin; Wirtschaft: Arthur Calernus, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: A. Glöckner, Berlin; Fußball: Dr. John Schömann, Charlottenburg; Gefolge und Genossen: Walter Teolan, Reichenberg; Anzeigen: H. Glöckner, Berlin.
Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

Qualitätsware

Anzüge 2475⁰⁰⁰
mit. modernem, in Stoffe u. beiten bis zum höchsten, u.
5950⁰⁰⁰ 3850⁰⁰⁰ 2975⁰⁰⁰

Gummi-Mäntel
nur in Marken, elegante Form

Mäntel 875⁰⁰⁰
reife Stoffe, neuere Form, vom
normale bis a. einfache, u.
6750⁰⁰⁰ 4500⁰⁰⁰ 2475⁰⁰⁰

Damen-Mäntel
vom feinsten Modell bis a. einfache

Hosen 575⁰⁰⁰
Kauswaren, Buchst. schneidestric-
ten, letzte billige Arbeitsbeset. u.
1950⁰⁰⁰ 1250⁰⁰⁰ 975⁰⁰⁰

Flecken

Wilmersdorfer Str. 127 | Boxhagener Str. 47
am Bf. Charlottenbg., Ecke Schillerstr. | am Bahnhof Stralau-Rummelsburg

Kottbuser Str. 4 | Badstr. 16
am Kottbuser Tor | vom 2. August 1923 ab

Fahrgeldvergütung!

Gardinen Wanzen

Sonderangebote v. Gelegenb. - Käufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Klistiergeräten.
Spezial-Gewerkschaft
Neukölln, Bergstr. 57
am Ringbaumhof.

Korsette
Verkauf
Reparatur, Maß-
anfertigung
Fr. L. Bungalow,
Neukölln, Sotolstr. 31.

Insereate im Vorwärts sichern Erfolg!

Volkskleidung Hosen
Gummimäntel
Sport-Anzüge
Manchester u. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln
Hermannstr. 76-77.

Motten, Läuse samt Brut kann jed. Laie in 3 Std. durch apparatloses Linksol selbst radikal beseitigen. Erhältl. in all. Drogerien.
Generalvertreter: Friedr. Straß 24.

200 000 Mark bar für Erfinder
aufl. anrech. -
Gratisbroschüre d. F. Erdmann & Co., Bin., Königgrätzer Str. 71

E. BERNSTEIN
Der Sozialismus einst und jetzt

Zweite Auflage, vermehrt durch die Kapitel: „Der Sündensozialismus“ und „Das Bleibende im Marxismus“

Grundzahl brosch. 2.50, geb. 4.—
x schiffsgabt

Buchhandlung Vorwärts
SW 68, Lindenstraße 2

Vorher entstellt, verbittert und krank **Nachher** gesund, fröhlich und schlank

Allen wird Hilfe

durch unser bewährtes
Thalysia - Korsett- und Leibbinden - Reform - System.

Es hat viele Tausende von beschämenden Entstellungen und von Schmerzen erlitten, von verzweifelt Zuständen und Beschwerden wieder freigemacht. Bei Normalen und Gebundenen erhöht es Schlankheit, Vitalität, Wohlbefinden, Kraftgefühl und Lebenslust.

Drucksaft frei.
Preisbuch 1922/23 z. H. 1100 Mark.

Reformhaus Thalysia Paul Garmö b. H.
Berlin, Wilhelmstr. 37. | Friedmann, Rheinstr. 34.
Belgien, Neumarkt 40; Dresden, Schloßstr. 18; München, Marienplatz 29.

Schokolade
sehr preisw.!

Sarotti
Stollwerck
Mauillon
Kant u. z. Marken
billig!

Eisen & Diamant
Kaiserstr. 4
Andreasstr. 13

Arbeitsnachweisgesetz

mit Nebenbestimmungen erläutert von
Dr. jur. et phil. BERGER | W. DONAU
Oberregierungsrat | Regierungsrat im Reichsamt
im Reichsarbeitsministerium | für Arbeitsvermittlung

Ein unentbehrliches Hilfsmittel für Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Einführung u. Anwendung des Arb. N. G. L. in Kraft getretenen Gesetzes.
Preis-Grundzahl M. 3.25

BUCHHANDLUNG VORWÄRTS, BERLIN SW, LINDENSTR. 2

Bei Einkauf Fahrvergütung!

Kommen Sie! Sehen Sie!

Preise steigen! **Billig!** Nicht warten!

Anzüge * Sommer-Schlüpfer * Hosen
Gummi-Mäntel * Winter-Paletots

in reicher Auswahl weit unter heutigem Herstellungspreis! **Geschäftszeit: 9-1, 3-6**

größtes Spezialhaus für Herrenkleidung,
Hugo Simon, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 133
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrvergütung!

Bei Einkauf Fahrvergütung!